

## Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

# Care im Wandel: Demografischer Druck und wohlfahrtsstaatliche Transformationen

9. April 2026

Die demografische Alterung stellt europäische Wohlfahrtsstaaten vor massive Herausforderungen. In Österreich beziehen über 500.000 Menschen Pflegegeld, die Ausgaben werden sich bis 2080 mehr als verdoppeln. Parallel verändert sich die Organisation von Care-Arbeit grundlegend: Tätigkeiten, die historisch überwiegend im privaten und häufig von Frauen geleisteten, unbezahlten Bereich verortet waren, werden zunehmend formalisiert und staatlich finanziert.

Diese Transformation bringt neue Marktlogiken in familiäre Zusammenhänge und macht zugleich bestehende Ungleichheiten sichtbarer. Sie wirft zentrale Fragen auf: Wie kann Care-Arbeit nachhaltig organisiert und finanziert werden? Und welche Auswirkungen hat ihre zunehmende Formalisierung auf Geschlechterverhältnisse, familiäre Arrangements und soziale Gerechtigkeit?

Dies nimmt *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz* zum Anlass, die makroökonomischen Szenarien und wohlfahrtsstaatlichen Transformationen von Care-Arbeit gemeinsam zu beleuchten. Expert:innen analysieren aus ökonomischer und soziologischer Perspektive die damit verbundenen Gestaltungsspielräume und diskutieren, wie sich staatliche Reaktionen auf die Verteilung von Sorgearbeit, auf Geschlechterordnungen und auf soziale Teilhabe auswirken.

### Inputs:

[Ulrike Famira-Mühlberger](#) (WIFO): „Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten: Neue Evidenz aus der dynamischen Mikrosimulation“

[Birgit Pfau-Effinger](#) (Universität Hamburg): „Veränderungen des Verhältnisses von formeller, semi-formeller und informeller Care-Arbeit in europäischen Gesellschaften“

Moderation: Anna Hasenauer (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

*Ulrike Famira-Mühlberger*

## **Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten: Neue Evidenz aus der dynamischen Mikrosimulation**

Der Bericht analysiert auf Basis dynamischer Mikrosimulationen die langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf Pflegebedarf und öffentliche Pflegekosten in Europa, mit Fokus auf Österreich, Italien und Spanien – im Folgenden sollen die Ergebnisse für Österreich vorgestellt werden. Die Ergebnisse zeigen klar: Der demografische Wandel wird das Pflegesystem massiv unter Druck setzen – gleichzeitig bestehen relevante politische Handlungsspielräume.

### **1. Demografischer Wandel treibt Pflegebedarf stark an**

Die Alterung der Bevölkerung führt in allen untersuchten Ländern zu einem deutlichen Anstieg der Nachfrage nach Langzeitpflege. In Österreich steigen die öffentlichen Pflegegeldausgaben im Basisszenario von rund 2,3 Mrd. € (2018) auf etwa 5,7 Mrd. € im Jahr 2080 (+144%). Die Zahl der Pflegegeldbeziehenden steigt von rund 353.000 auf etwa 854.000 Personen.

Die Dynamik beschleunigt sich insbesondere ab den 2030er-Jahren und erreicht zwischen 2042 und 2057 ihren Höhepunkt, wenn die Babyboomer-Generation ins pflegeintensive Alter eintritt. Zentraler Treiber ist die steigende Lebenserwartung – insbesondere dann, wenn sie nicht mit einer Verbesserung der Gesundheit im Alter einhergeht.

### **2. Gesundheit und Bildung sind entscheidende Einflussfaktoren**

Zwei Faktoren können den Anstieg spürbar bremsen:

- Gesünderes Altern (späterer Eintritt in Pflegebedürftigkeit) reduziert die Ausgaben massiv – im Szenario „langsames Altern“ steigen die Ausgaben bis 2080 nur auf rund 3,4 Mrd. € (+45%) statt auf 5,7 Mrd. €. Höheres Bildungsniveau senkt die Wahrscheinlichkeit und Intensität von Pflegebedarf.
- Ohne Bildungsexpansion lägen die Pflegeausgaben 2080 deutlich höher (rund 6,5 Mrd. €, das entspricht fast +190% gegenüber 2018). Bildung und Gesundheitspolitik haben damit indirekte, aber substanzielle Auswirkungen auf den künftigen Pflegebedarf.

### **3. Ungleichheiten im Pflegebedarf**

Der Pflegebedarf ist sozial ungleich verteilt:

- Personen mit niedriger Bildung haben ein deutlich höheres Risiko, pflegebedürftig zu werden.
- Über den Lebensverlauf entstehen dadurch deutlich höhere öffentliche Kosten, besonders bei Frauen.

Diese Unterschiede ergeben sich aus einer Kombination von höherer Pflegeintensität und längeren Pflegephasen. Pflege ist damit eng mit sozialer Ungleichheit verknüpft.

#### **4. Informelle Pflege bleibt zentral, aber begrenzt**

Ein großer Teil der Pflege wird weiterhin informell (durch Angehörige) erbracht. Allerdings zeigen die Projektionen:

- Der Beitrag von Partner:innen steigt je nach Szenario bis 2070 um etwa 35% bis maximal rund 30%–40% bzw. bis zum 1,3-Fachen gegenüber 2018,
- reicht aber bei weitem nicht aus, um den steigenden Bedarf zu decken.

Damit steigt der Druck auf formelle Pflegeangebote deutlich.

#### **5. Zunehmender Handlungsdruck im Pflegesystem**

Ohne strukturelle Anpassungen sind zu erwarten:

- stark steigende fiskalische Belastungen (bis zu +144% im Basisszenario),
- deutliche Ausweitung der Zahl Pflegebedürftiger (mehr als Verdoppelung),
- wachsende Versorgungslücken, insbesondere ab den 2040er-Jahren.

Die Ausgabendynamik verläuft dabei in Wellen und ist eng mit Kohorteneffekten verknüpft.

#### **6. Zentrale politische Handlungsfelder**

Für Österreich ergeben sich drei prioritäre Reformbereiche:

- Prävention und Gesundheit: Förderung gesunden Alterns kann den Ausgabenanstieg von +144% auf rund +45% reduzieren.
- Ausbau formeller Pflege: steigende Nachfrage (über 850.000 Pflegegeldbeziehende bis 2080) erfordert massive Kapazitätsausweitung.
- Langfristige Finanzierung: zusätzliche Ausgaben von mehreren Milliarden Euro jährlich machen eine vorausschauende Finanzplanung notwendig.

Ergänzend ist die gezielte Unterstützung informeller Pflege notwendig, kann aber strukturelle Defizite nicht ersetzen.

#### **7. Fazit für die öffentliche Debatte**

Der demografische Wandel macht steigende Pflegekosten unvermeidbar – deren Ausmaß ist jedoch politisch gestaltbar. Ebenso muss politisch darüber entschieden werden, welche Leistungen in Zukunft öffentlich finanziert werden. Entscheidend ist, frühzeitig in Gesundheit, Bildung und Pflegeinfrastruktur zu investieren, um den Kostenanstieg (zwischen +45% und +190% je nach Szenario) zu begrenzen und Versorgungslücken zu vermeiden. Pflege ist damit eine der zentralen sozial- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte – und erfordert integrierte Reformen, die Demografie, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Finanzierung gemeinsam adressieren.

**Autor:innen:** Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath, Martin Spielauer, Philipp Warum, Thomas Leoni

*Birgit Pfau-Effinger*

## **Veränderungen des Verhältnisses von formeller, semi-formeller und informeller Care-Arbeit in europäischen Gesellschaften**

### **Abstract**

Das Buch-Kapitel befasst sich mit Veränderungen von grundlegenden Merkmalen von Arbeit in den modernen postindustriellen Gesellschaften. Die Arbeit ist in diesen Gesellschaften, folgt man der Argumentation der Arbeitssoziologie, zweigeteilt. Die Arbeitssoziologie unterscheidet zwischen formeller bezahlter Arbeit, die von den Beschäftigten im Erwerbssystem ausgeübt wird, und informeller, unbezahlter „Care-Arbeit“, die von Familienangehörigen für andere Familienmitglieder zuhause geleistet wird. Sie umfaßt die Arbeit, die Eltern, überwiegend Frauen, zur Betreuung ihrer Kinder leisten, und die Arbeit, die Familienangehörige für die Pflege ihrer älteren Angehörigen leisten.

In feministischer Sicht ist diese Zweiteilung mit der Ungleichheit von Frauen und Männern im Geschlechterverhältnis verbunden: Männer nehmen überwiegend in Vollzeit am Erwerbsleben teil, während Frauen in geringerem Zeitumfang erwerbstätig sind, um die informelle unbezahlte Betreuung und Pflege in der Familie zu leisten. Dass Frauen den größeren Teil der informellen, unbezahlten Arbeit Zuhause übernehmen, gilt als eine wesentliche Grundlage ihrer Benachteiligung im Geschlechterverhältnis.

Diese Zweiteilung gilt aber schon seit längerer Zeit nicht mehr, wie ich in früheren Arbeiten zusammen mit mehreren Forschungs-Teams gezeigt habe. Denn es haben sich in der Familie neue Formen „semi-formeller“ Arbeit herausgebildet. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass die Arbeit der betreuenden Eltern und Familienangehörigen inzwischen bezahlt wird\*. In vielen Ländern erhalten Eltern Elterngeld während der „Elternzeit“, in der sie ihre Kinder zuhause betreuen. Betreuende Familienangehörige erhalten in fast allen europäischen Gesellschaften inzwischen vom Staat ein „Pflegegeld“, während sie ihre älteren Verwandten betreuen. Dadurch sind die Grenzen zwischen formeller und informeller Arbeit durchlässig geworden. Noch weitergehend sind Regelungen in einigen skandinavischen Ländern wie in Dänemark, wo Familienangehörige, um ihre Verwandten zu pflegen, einen formellen Arbeitsvertrag mit tariflicher Bezahlung bei ihrer Gemeinde abschließen können.

Ich habe in unserem englischen Buch-Beitrag gemeinsam mit Hildegard Theobald herausgearbeitet, wie sich das Verhältnis zwischen der formellen, semi-formellen und informellen Care-Arbeit in den letzten Jahrzehnten in Europa entwickelt hat. Darüber hinaus haben wir erforscht, welchen Beitrag sozialstaatliche Politiken und kulturelle Ideen zum Wandel und zur Erklärung internationaler Differenzen geleistet haben. Dafür haben wir Analysen politische Dokumente, internationaler Statistiken, und die Sekundärauswertung empirischer Studien einbezogen.

Die Ergebnisse sind auch folgenreich für unser Verständnis von dem Verhältnis von Sozialstaat und Familie. Aus Sicht des Sozialstaates stellt die Familie nicht mehr eine soziale Sphäre dar, die sich eindeutig von Market und Staat abgrenzen lässt, da in der Familie Prinzipien von Liebe und altruistischer Unterstützung vorherrschen. Mit der Bezahlung von elterlicher Kinderbetreuung und familialer Pflege haben die Sozialstaaten eine Logik von Bezahlung und finanziellen Interessen in die Familienbeziehungen eingeführt. Diese Entwicklung wirft grundlegende Fragen zur

neuen Rolle der Familie und ihres Verhältnisses zur Arbeit in post-industriellen Gesellschaften auf.

Kontakt: Prof. Dr. Birgit Pfau-Effinger, Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften, pfau-effinger@uni-hamburg.de; Tel. 0172-5151643

## Referenzen

Eggers, Thurid; Grages, Christopher; Pfau-Effinger, Birgit; Och, Ralf (2020) Re-conceptualising the relationship between de-familialisation and familialisation and the implications for gender equality – the case of long-term care policies for older people, *Ageing & Society*, 40, 4: 869-895.

<https://doi.org/10.1017/S0144686X18001435>

Eggers, T.; Grages, C. and Pfau-Effinger, B. (2021): Politiken zur familialen Care-Arbeit und Gleichstellung der Geschlechter – eine theoretische Diskussion, in: Scherger, S.; Abramowski, R.; Anna Hokema, A.; Dingeldey, I. and Schäfer, A. (eds.): *Geschlechterungleichheiten in Arbeit, Familie und Wohlfahrtsstaat*. Festschrift für Prof. Dr. Karin Gottschall. Frankfurt am Main: Campus.

Eggers, Thurid; Grages, Christopher; Pfau-Effinger, Birgit (2024) Gender and Policies on Paid Family Care—Overview of Debate and Theoretical Reflections, *Journal of Family Research*, 36: 43-57.

<https://doi.org/10.20377/jfr-938>

Eggers, Thurid; Grages, Christopher & Pfau-Effinger, Birgit (2024) New forms of family care in cultural and institutional contexts: Introduction to the Special Collection, *Journal of Family Research*, 36: 58-65.

<https://doi.org/10.20377/jfr-1018>

Frericks, Patricia; Jensen, Per H.; Pfau-Effinger, Birgit (2014) Social rights and employment rights related to family care: Family care regimes in Europe. *Journal of Aging Studies*, 29, 66–77.

Pfau-Effinger, Birgit (2015) "New forms of care work in European welfare states, *Policy & Politics*, Blog, April 2015, <http://policyandpoliticsblog.com>

## Über die Expertinnen

[Ulrike Famira-Mühlberger](#) ist Ökonomin (Senior Economist) am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien und seit 2007 in der Forschungsgruppe „Arbeitsmarktökonomie, Einkommen und soziale Sicherheit“ tätig. Von 2019 bis 2023 war sie stellvertretende Leiterin des WIFO mit Schwerpunkt Außenkoordination. Ihre Forschung befasst sich insbesondere mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der ökonomischen Pflegeforschung sowie den sozioökonomischen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung.

Email: [ulrike.famira-muehlberger@wifo.ac.at](mailto:ulrike.famira-muehlberger@wifo.ac.at)

[Birgit Pfau-Effinger](#) ist Soziologin und seit 2023 semi-emeritierte Professorin für „Sociology of Cultural and Institutional Change“ an der Universität Hamburg. Zuvor hatte sie dort von 2003 bis 2018 den Lehrstuhl für Sozialstrukturanalyse inne und war wissenschaftliche Co-Direktorin des Centrums für Globalisierung und Governance. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Verhältnis von Kultur- und Institutionenwandel, in Theorien zu Gender Arrangements und Wohlfahrtsstaat sowie in international vergleichenden Studien zu Erwerbsarbeit, Familie und Sozialpolitik.

Email: [pfau-effinger@uni-hamburg.de](mailto:pfau-effinger@uni-hamburg.de)

## Kontakt für Rückfragen

### **Anna Hasenauer**

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

T: +43 644 922 62 64

E: [hasenauer@diskurs-wissenschaftsnetz.at](mailto:hasenauer@diskurs-wissenschaftsnetz.at)

### **Cosima Danzl**

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

T: +43 660 721 83 75

E: [danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at](mailto:danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at)

## Über Diskurs

***Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*** ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>